

Bundeskanzleramt

z. Hd. Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer

Ballhausplatz 2

1010 Wien

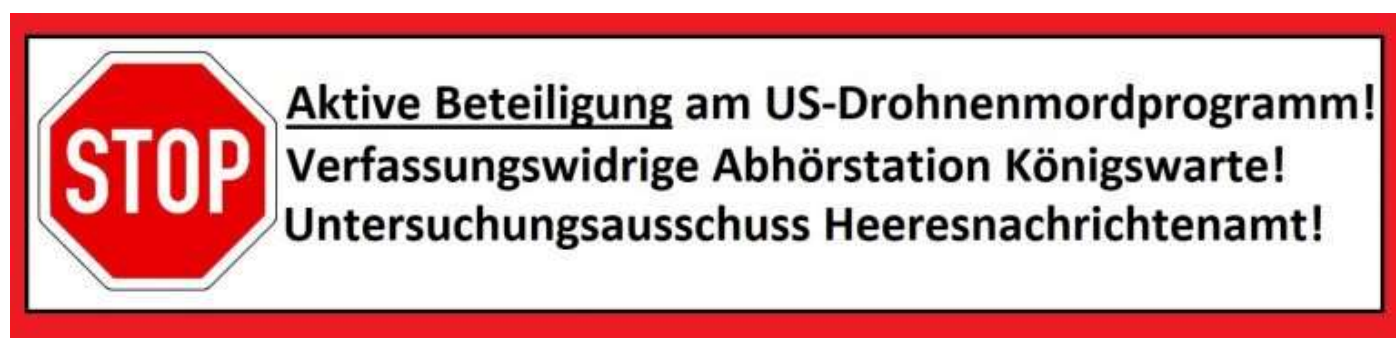
Innsbruck, 17.12.21

Offener Brief II

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Karl Nehammer!

Ich erinnere Sie an meine Anfrage nach dem Auskunftsgesetz vom 13.12.21 betreffend der **aktiven CIA-HNaA-Drohnenmordattentatsgemeinschaft**, die noch unbeantwortet ist.

Interessieren würde mich hierzu auch noch, ob Sie **Weisungen** gegeben haben, damit die Polizei meine mehreren Sachverhaltsdarstellungen und Ermittlungsansuchen an drei Landespolizeidirektionen sowie an den BVT-Tirol betreffend der Abhörstation Königswarte NICHT bearbeiten dürfen und **Strafvereitelung, Amtsmisbrauch und Unterlassung ihrer Arbeit und Verpflichtungen** aufgetragen wurde? Wenn dies der Fall, war: Treten Sie zurück, denn Sie sind dann ein Fall für die Strafgerichte. Dies würde eine aktive Beteiligung ihrerseits bedeuten, die die verfassungswidrige US-Spionage und aktive Beteiligung am illegalen Drohnenmordprogramm ermöglichte die vielen Unschuldigen das Leben kostete.



Ich bin ein Aktivist, ein Kritiker, ein Vielleser und aufgrund meines Berufes (Bilanzbuchhalter, Kaufmann, Lohnverrechner) auch ein Zahlenfreund.

Ich habe mir die Zeit genommen, für Sie ein paar **offenkundige Missstände** zusammen zu schreiben, um Ihnen eine Übersicht zu geben und Ihr Interesse und Aufmerksamkeit zu wecken, um eine Veränderung zum Besseren zu erreichen. Ja, es macht Sinn und ist notwendig. Wir könnten uns für einen **modernen, schlanken, transparenten und korruptionsdichten Staat** einsetzen, wo Politiker die ihre Wahlversprechen nicht einhalten, den Hut ziehen müssen und für angerichtete Schäden zivil haftbar gemacht werden, sowie die Macht der Konzerne gebrochen wird bzw. ist. Ja, das ist alles möglich bzw. leicht zu erreichen. Es kommt aber auf uns an. Anfangen möchte ich, bei den **sechs Grundübeln** in unserem „System“, die offenkundige vorherrschende Missstände darstellen und die absolute Notwendigkeit

besteht, diese auszuräumen, damit sich was zum Besseren ändern kann und dann liste ich Ihnen offensichtliche Missstände in Kurzform auf.

Grundübel Nr. 1. **Der UNWILLE der Politik**, offensichtliche Missstände auszuräumen, um das von der Politik fein **ingerichtete intransparente korrupte System** für deren Freunderlwirtschaft, Postenschacher, Gesetzeskauf, Korruption, Medienkorruption, Fördergelderverteilung endlich **TRANSPARENT & KORRUPTIONSDICHT** zu gestalten.

Grundübel Nr. 2: Die wichtigste Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik ist die **Parteienfinanzierung**. Wenn wir es weiter heiter zulassen, dass die Politik einen UNWILLEN an den Tag legt, diese offenkundigen vorherrschenden Missstände auszuräumen, werden wir es nicht schaffen, dass diese gekaufte Politik bzw. die vorrangige Interessensvertretung unserer Politiker gegenüber den zusätzlichen Parteifinanziers aufhören.

In der Parteienfinanzierung sind drei Bereiche die der Gesetzgeber korruptionsdicht verschließen müsste, TUT ES ABER SEIT LANGER ZEIT NICHT. Und die Medien sind von unseren Steuergeldern so abhängig, dass es völlig unzureichende Kritik darüber in den Medien gibt, da diese zu Hofberichterstattem mit unseren Steuergeldern angefütert bzw. erzogen werden. Diese drei angesprochenen Bereiche in der Parteienfinanzierung umfassen 1. TRANSPARENZ, 2. Eine UNABHÄNGIGE KONTROLLE und 3. Abschreckende Sanktionen! In Österreich sind alle drei Bereiche gesetzlich notleidend. Wenn hier nicht Abhilfe geschaffen wird, wird sich nicht viel ändern. Wir müssen hier enormen Druck aufbauen, bis die Fachleute, wie Prof. Dr. Dr. Hubert Sickinger oder der EX-RH-Präsident Moser öffentlich sagen können, JETZT haben wir hier korruptionsdichte Gesetze geschaffen ohne wie bisher zahlreiche Lücken zu haben.

**PARTEIENFINANZIERUNG, ABGEORNETENEINKÜNFTE,
MEDIENTRANSPARENZ, LOBBYGESETZGEBUNG**

Fünf Jahre „Transparenzpaket“

Eine kritische Bilanz aus zivilgesellschaftlicher Perspektive



Die **Evaluierung des Transparenzpaketes 2012**, erstellt vom Politologen Prof. DDr. Hubert Sickinger (Beiratsvorsitzender des Forum Informationsfreiheit, Marion Breitschopf (Meine Abgeordneten), Mathias Huter (Forum Informationsfreiheit) und Florian Skrabal (DOSSIER), zeigt, dass das geltende Regelwerk zahlreiche Schwächen und Schlupflöcher enthält. Siehe hier:

https://www.informationsfreiheit.at/2017/09/01/transparenzpaket_evaluierung/

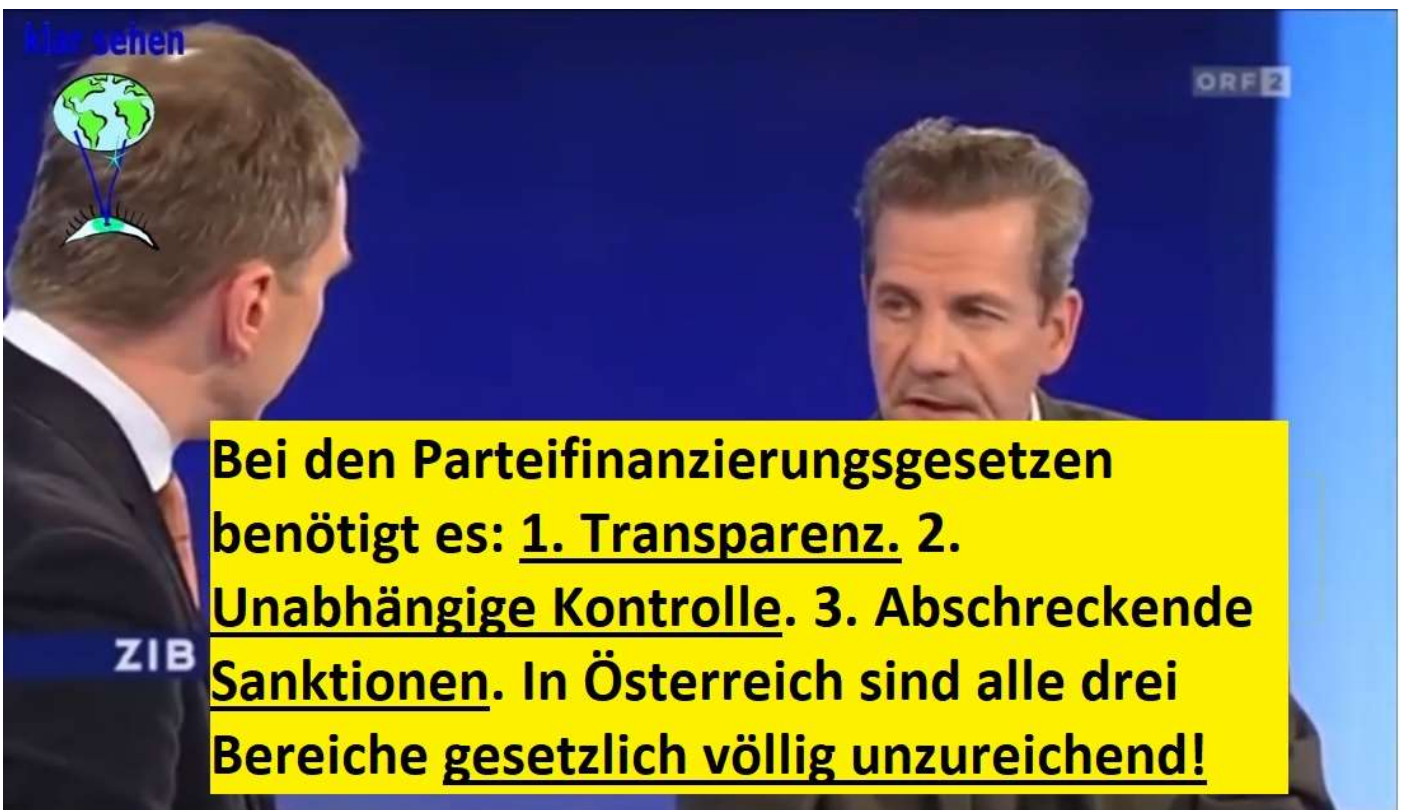




Industriellenvereinigung

Wer zahlt, schafft an.

**Die Industriellenvereinigung hat der Politik zu folgen,
nicht die Politik der Industriellenvereinigung!**



Das führt dann zu dem:



Industrie schafft an, Regierung folgt

„**Jetzt gibt die Industrie vor, was zu tun ist.** Und die Regierung setzt brav um. Das ist unanständig.“ Der Tiroler ÖVP-Politiker Erwin Zangerl hält sich mit Kritik an der Kurz-Regierung nicht zurück. Er hätte sich nie gedacht, mal auf die Straße zu gehen, meint aber: „Diese Regierung zwingt uns dazu. Es ist unsere Pflicht, die **Menschen vor dieser neoliberalen Regierungsdiktatur zu schützen.**“

ÖVP-Politiker Erwin Zangerl (Krone, 10. Juli 2018)

KONTRAST.at

KONTRASTBLOG empfiehlt

derstandard.at

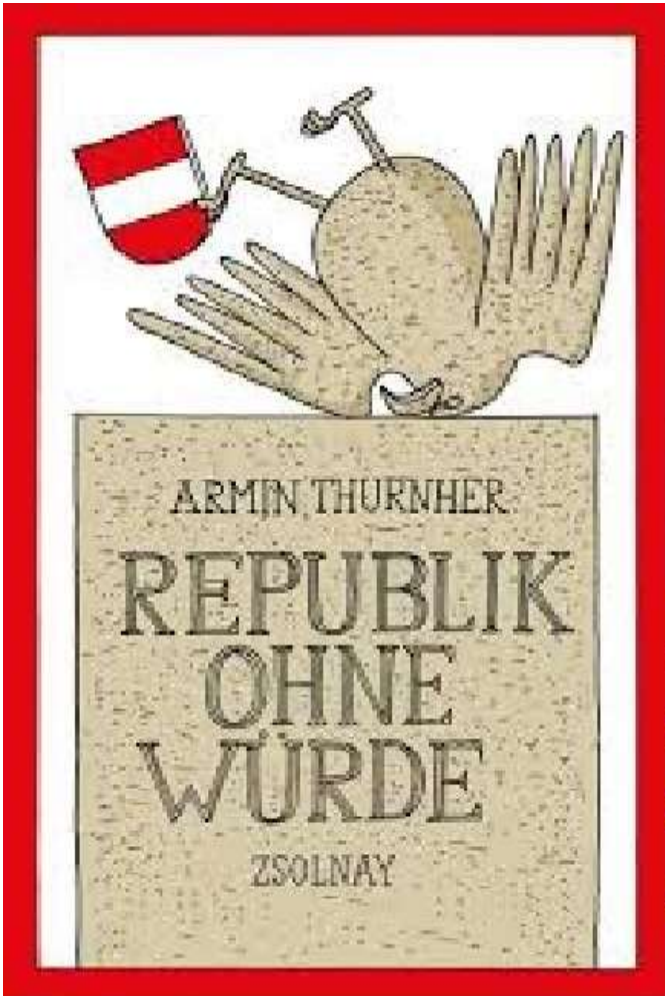
Studie: Banken weichen trotz Milliarden-Gewinnen in Steuersümpfe aus

Europas größte Banken erzielen ein Viertel ihrer Gewinne in Steuersümpfen. Das steht in großem Missverhältnis zu ihrer realen wirtschaftlichen Tätigkeit in diesen Ländern: So arbeiten dort nur 7% der Beschäftigten und es werden dort nur 12% der Umsätze erzielt.

Die Banken nutzen diese Steuersümpfe, um keine oder nur geringe Steuern auf ihre Gewinne zu zahlen und ihren Kunden Steuerhinterziehung zu ermöglichen. Dabei läuft das Geschäft dieser Banken ohnehin gut: Auf 100 Euro Umsatz kommen durchschnittlich 19 Euro Gewinn, in Steuersümpfen sind es dann sogar 42 Euro.



Grundübel Nr. 3. Das nächste vorherrschende Grundübel, dass alles so ist, wie es ist, in unserer „Scheindemokratie“ ist die völlig abartige und völlig abhängig machende **Medienfinanzierung**. Ca. 300 Millionen Steuergelder, werden über unsere Gebietskörperschaften an die Medien als Anzeigengelder verteilt, was ca. 30 % des gesamten österreichischen Werbemarktes ausmacht. Die Politiker haben sich das schön eingerichtet und die Mainstreammedien völlig abhängig gemacht, die auf Machtkontrolle und Kritik gegenüber den Mächtigen verzichten, welche über die Vergabekompetenz der Mediengelder verfügen. Es gibt nur unzureichende Kritik gegenüber der Bundesregierung, an den Landeshauptleuten und an Bürgermeister größerer Städte. Die Medien wurden dadurch zu Hofberichterstattem erzogen welche vorauseilend politisch-korrekt unkritisch einen miesen Job machen. **Wir haben eine so miese, so schändliche und so unzumutbare Mediensituation**, schrieb der jahrzehntelange Medieninsider Armin Thurnher in seinem Buch: Republik der Unwürde über die Medien. Wenn wir diese abartige Medienfinanzierung nicht ändern lassen, wird sich nicht viel ändern.



Armin Thurnher (Mitbegründer, Herausgeber und Chefredakteur der Wiener Stadtzeitung Falter)

„Die Mediensituation ist so mies, so schändlich, so unzumutbar, dass ich mich nicht damit abfinden mag.“

klar sehen

klar sehen



Staatliche Propagandainserate & Hofberichterstattung & Freunderlwirtschaft





Moment Magazin

Studie zeigt: Konzerne kaufen sich Medien mit Inseraten

Je stärker Unternehmen in Medien werben, desto seltener berichten diese über Skandale der Werbekunden. Das belegt eine Analyse von Zehntausenden Artikeln.

Die Studie zeigt dabei auch, welche Macht Medien dabei haben Skandale aufzudecken oder zu verschweigen.

KONTRAST.at

Hier zu einem Textausschnitt von aus einem ZEIT Artikel von Prof. Dr. Anton Pelinka In Österreichs Medien kann man dies nicht erfahren, dass Österreich die abartigste und abhängig machende Medienfinanzierung der ganzen Welt hat, die die von unseren Steuergeldern abhängigen Medien zu politisch-korrekten vorauseilend gehorsamen Hofberichterstatter werden lässt.

Unsinnig teure Politikmaschine

Die Anordnung der Finanzkanäle ist allerdings noch weitaus komplizierter, wenn darüber hinaus die »Informationstätigkeit« der Regierung berücksichtigt wird. Medien gegenüber ist die Politik nicht Nehmer, sondern Geber. Inseratenkampagnen, die alle von der Qualität österreichischer Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik oder von der Wohnbautätigkeit der Stadt Wien überzeugen sollen, sind für die Medien eine nicht unerhebliche Einnahmequelle.

In anderen Demokratien informiert eine Regierung die Öffentlichkeit, indem sie zu einer Pressekonferenz lädt. Und die Medien berichten darüber, was ihnen im

Rahmen der Medienfreiheit zu den Verlautbarungen einfällt. In Österreich hingegen bezahlt die Politik für etwas, das zum täglichen Geschäft der Zeitungen gehören sollte.

*Wenn man wiederum unterstellt, dass diese in Demokratien einmalige und extrem teure Form der bezahlten »Informationskampagnen« einen Sinn haben soll, dann ist die Annahme mehr als nur plausibel: Die Medien sollen für die großzügige Inseratenzuteilung **eine Gegenleistung erbringen. Geld schmiert eine Maschine. Und dazu muss zwangsläufig der Begriff Korruption aufblitzen. Geld schafft ein Netz von wechselseitigen Abhängigkeiten: die der Politik von Geldgebern, die der Medien von der Politik.***

So kommen wir zum Grundübel Nr. 4. **Die fehlende Transparenz.**

Österreich ist das weltweit letzte westliche Land, welches über KEIN **Informationsfreiheitsgesetz** verfügt. Wichtige uns zustehende Informationen werden uns dadurch verwehrt, bzw. wir aber auch alle Journalisten werden von diesen staatlichen Informationen ausgeschlossen. Das darf nicht sein! Dafür haben wir ein **antiquiertes Amtsgeheimnis** im Verfassungsrang, als letzter Staat in der OSZE. Fehlende Transparenz in der wichtigen **Parteienfinanzierung** wurde bereits kurz angeschnitten. Fehlende Transparenz im gesamten **Gesetzwerdungsprozess** sowie im **Abstimmverhalten**, erfreut seit langer Zeit die Lobbyisten und Politiker! Fehlende Transparenz im **Lobbyistenumgang** ist eine weitere schädliche Frechheit. Das darf nicht sein! Fehlende Transparenz in den **Buchhaltungen unserer Gebietskörperschaften** hat den österr. Steuerzahler bereits viele Milliarden Steuergeldverluste beschert, obwohl der Paragraph 16. Abs. 1 in der Finanzverfassung es dem Finanzminister ermöglicht, hier für den Schutz unserer Steuergelder übersichtliche vereinheitlichte doppelte Buchführungen einzuführen. Eine nicht rechtsgültige Vereinbarung die man auch als Verschwörung der Landeshauptleute und einem ehemaligen ÖVP-Finanzminister bezeichnen kann und die „Heiligenbluter Vereinbarung“ genannt wird, steht dem Schutz und der Transparenz unserer Steuergelder hier seit 1973 im Wege. Die Medien sind Hofberichterstatter und klären die Öffentlichkeit darüber NICHT auf! Über die „**Medientransparenz**“ schreibt der Rechnungshof: 30-50 % aller staatlichen Mediengelder werden nicht veröffentlicht. Das ist KEINE Transparenz, völlig unzureichend. Unzureichende Transparenz herrscht noch bei den **Fördergeldern** und bei den **Abgeordnetenzusatzgehältern** vor.



- Fehlende Transparenz im gesamten **Gesetzwerdungsprozess!**
- Fehlende Dokumentation/Transparenz am **Abstimmverhalten** im Nationalrat, in den Landtagen und in den Gemeinden!
- Unzureichende Transparenz bei den **staatlichen Fördergeldern!**
- Fehlende Transparenz bei staatlichen **Postenvergaben!**
- Unzureichende Transparenz bei der **Medientransparenz!**
- Fehlende Transparenz der **Parteispenden** durch die **Industriellenvereinigung!**
- Fehlende Transparenz in den **Buchhaltungen** unserer **Gebietskörperschaften!**
- Unzureichende **Transparenz** bei den **Abgeordnetenzusatzgehältern!**
- Fehlende Transparenz bei den **Entscheidungsgrundlagen** der **Cov-Taskforce!**

WIE LANGE LASSEN WIR UNS DAS NOCH GEFALLEN?

DEMOCRACY
DIES IN
DARKNESS

Grundübel Nr. 5. **Die fehlende Gewaltenteilung** zwischen der Judikative und Exekutive führt zu Machtkonzentration und Korruption. Österreich, Deutschland und Tschechien sind die letzten drei OSZE-Länder mit einer fehlenden Gewaltenteilung. Das sollte unbedingt geändert werden. Der hierarchische Aufbau der Justiz auch.

Grundübel Nr. 6. **Der Einfluss von Raiffeisen im Finanzministerium und im Parlament** auf Steuergeldkosten, an den für den Konzern wichtigen Schnittstellen, wie Infrastruktur, Landwirtschaft, Finanzmarkt. Hier ein weiterer Zeit Artikel aus dem Jahre 2012, da man dies in Österreich nicht lesen kann.

Der noch bessere Lobbyist jedoch, geht es *nach Raiffeisen, sitzt gleich selbst im Parlament.* »Im Vorstand des Raiffeisenverbands gibt es Personen, die auch in den für uns entscheidenden Ausschüssen im Parlament sitzen, also Landwirtschaft und Infrastruktur«, plaudert Christian Konrad aus dem Nähkästchen. »**Sie vertreten dort auch unsere Interessen.**« Damit meint er zum Beispiel den Nationalratsabgeordneten Jakob Auer, Mitglied des Landwirtschaftsausschusses und Vertreter gleich zweier großer Lobbying-Organisationen: Als frischgebackener Präsident des Bauernbunds kümmert er sich um die Anliegen der Landwirte und als Stellvertreter von Konrad bei Raiffeisen auch um die Interessen des großen Agrarproduktehändlers des Landes, Raiffeisen Lagerhaus. **Lobbyisten in hohen politischen Positionen gehören in Österreich zum wohl gepflegten Brauchtum.** »Raiffeisen hat so viele Abgeordnete im Nationalrat, dass sie eine eigene Fraktion gründen könnten«, sagt Hubert Sickinger, Politologe an der Universität Wien. Aber das sei in Österreich gar nichts Sonderbares, denn es existiere hier sowieso seit jeher ein »eingebauter Lobbyismus«, der über die »Verflechtungen der beiden Großparteien mit den verschiedenen Interessenvertretungen« funktioniere.

Dieses fein eingerichtete korrupte intransparente System hat folgendes hervorgebracht, welches durch **AUSRÄUMUNG des UNWILLENS der Politik** aber alles leicht wieder ausgeräumt werden kann.

- Steuerflucht der Konzerne und Vermögende – fehlende Umsetzung der EU-Vorgaben um Steuertricks der Konzerne auszuräumen!



- **Steuerbegünstigungen** für Konzerne ohne Ende
- Fehlende **Finanztransaktionssteuer** um die mit 11 Milliarden Steuergeldern durchgeführte Banken- und Vermögensrettungen wieder auszugleichen.



Nationalbank: Österreich zahlte bis zu elf Milliarden für Bankenrettung

Österreich hat seit 2008 zwischen zehn und elf Milliarden Euro für die Bankenbranche ausgegeben. Das geht aus einer Untersuchung der Nationalbank hervor. Österreich liegt damit europaweit auf Platz sechs. Am meisten haben Griechenland, Irland und Zypern ausgegeben. **ZIB**



Raiffeisen-Finanzminister!!!

Aus für
Finanztransaktionssteuer:
Unter Österreichs EU-Vorsitz
siegt die Finanzlobby

- Fehlende **Steuergerechtigkeit** zwischen Arbeits- und Kaptialeinkünfte!
- Fehlende **Erbschaftssteuern** auf große Vermögen!



Vermögensverteilung: 313.000 Millionäre in Österreich

Laut Global Wealth Report gibt es in Österreich rund 313.000 Millionäre. Das sind etwa 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dabei wird auch Immobilienbesitz miteinberechnet. Im Durchschnitt verfügen die Österreicher laut dem Bericht über 246.697 Euro.

ZIB

orf.at

Sozialbericht: Erbschaftssteuer „dringlicher denn je“

Laut dem jüngsten Sozialbericht sind vor allem Erbschaften für die ungleiche Verteilung in Österreich verantwortlich. Während Österreich als ein Land mit relativ gleichmäßiger Einkommensverteilung gilt, geht die Schere bei den Vermögen weiter auseinander. In den nächsten 20 Jahren dürfte das jährlich vererbte Vermögen von 12 Mrd. Euro (2015) auf über 20 Mrd. Euro (2035) steigen. Schon jetzt verfügt das vermögendste Prozent der Haushalte über gleich viel Nettovermögen wie die unteren 80 Prozent der Bevölkerung.

- Fehlende Ausräumung des Milliarden schweren Lohnraubes durch die **Kalte Progression**.



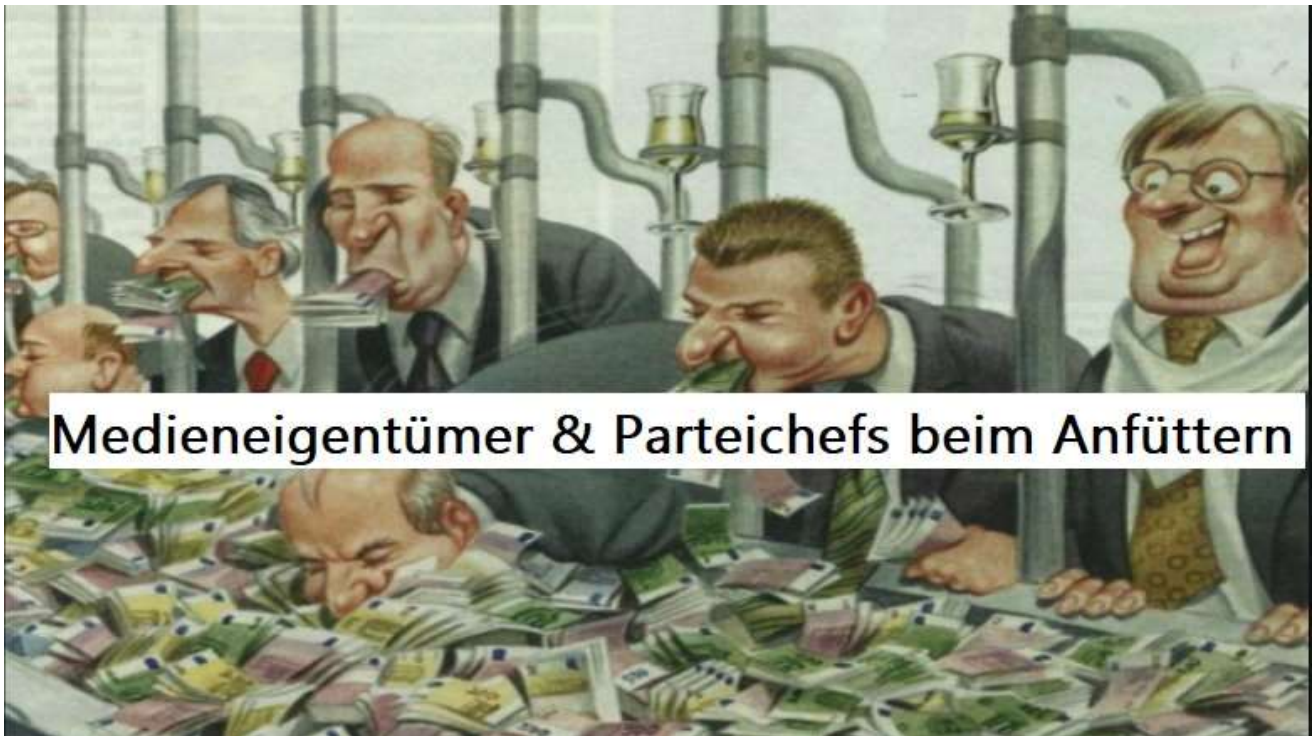
-
-
- Fehlende Ausräumung der verzerrten lückenhaften manipulativen Erhebung des **Verbraucherpreisindex**, welcher die Kaufkraft der unteren Einkommensgruppen unsichtbar raubt.
- Ein schändliches **Sozialhilfegesetz**, dass die Verarmung vorantreibt.

- Einladung von **korrupten Preisabsprachen** von Wirtschaftsmanagern, da Preisabsprachen lediglich als Kavaliersdelikt mittels Geldstrafen geahndet werden und keinerlei Abschreckung bieten.
- **Fehlende Fairness bei den Wohnbaugelder.** Bauern und Unternehmer zahlen nicht in den Topf ein, können sich aber vom Geld der Arbeitnehmer bedienen.
- Fehlende **Gleichbehandlung** bei der Grunderwerbssteuer für Bauern und Immobilienfirmen gegenüber allen anderen.
- Fehlende Einhaltung **der Neutralität**, die mit Füßen getreten wird.
- Verfassungswidrige **Abhörstation Königswarte**, die eine aktive Beteiligung am US-Drohnenmordprogramm darstellt. Ungeheuerlich. Wir sind kein Rechtsstaat mehr, da hier viele Verantwortliche über dem Gesetz stehen und ungestraft Gesetze sowie unsere Verfassung jeden Tag brechen, das ganze Jahr, seit langer Zeit. (20 Jahre) Die Medien vertuschen auch dieses.
- Fehlende Ausräumung der **Schwarzgeldwäsche!**
- Fehlende Ausräumung der Grundstückspekulation im grauen Grundverkehr.
- Fehlende Ausräumung der **Spekulationsmöglichkeiten** bei unserem Grundbedürfnis Wohnen. Leistbares Wohnen und leistbare Eigentumspreise sind möglich!
- Fehlende Ausräumung der **Kirchenimmobilienpolitik**, die die Immobilienpreise verteuert.
- Fehlende Ausräumung des **verfassungswidrigen Tiroler Gemeindegrundagrarrunrechts.**
- Fehlende Fairness bei **Umwidmungsgewinnen**, die in Tirol immer an die Bauern zufließen.
- Fehlende **Mitbestimmung des Souveräns!**
- Fehlende **zivile Haftung** der Politiker
- Fehlende Erhebung von wichtigen **validen Daten** um ein evidenzbasiertes Corona-Krisenmanagement gewährleisten zu können.
- Fehlende Veröffentlichung von den Grundlagen die zur **Entscheidungsfindung** von Lockdowns geführt haben.
- Fehlendes **imperatives Mandat**, welches es ermöglicht, alle Volksvertreter die nicht ihre Wahlversprechen erfüllten, wieder abzusetzen. Die Wicki schreibt darüber: Ein imperatives Mandat ist ein Mandat, bei dem ein Abgeordneter an inhaltliche Vorgaben der von ihm Vertretenen gebunden ist. Damit kann sowohl der Bindungszwang eines Delegierten an die ihn entsendenden Partei-Vereinsgliederungen als auch der eines Abgeordneten an den direkten Willen des wählenden Bürgers gemeint sein. Folgt der Mandatsträger nicht der Linie der ihn entsendenden Organisationsgliederung oder dem Wählerwillen, kann er abgesetzt werden.

Mit einem imperativen Mandat ausgestatte "Volksvertreter" könnten alle die nicht den vereinbarten Wählerwillen umsetzen, ganz leicht wieder abgesetzt werden.

Wir benötigen längst ein imperatives Mandat!

Also kann man sagen: Es hat eine Verbrüderung der Machteliten aus Wirtschaft, Medien und Politik stattgefunden, die ihre Interessen am staatlichen Steuergeldersautrog bedienen.





**Je größer Konzerne,
desto mehr Macht haben
sie, um die Politik zu
beeinflussen. Und wir
haben viele große
Konzerne, die jedes Jahr
größer werden.**



**Solange das so ist, leben
wir in einer Diktatur des
Kapitals und die Politiker
sind nur Marionetten.**

Bei etwaigen Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und hoffe mit Ihnen endlich einen Wechsel in der Politik zu erfahren und den Unwillen der Politiker offensichtliche Missstände auszuräumen endlich der Vergangenheit angehört

Mit freundlichen Grüßen aus dem aktiven Widerstand, Klaus Schreiner